

Antrag

der Abgeordneten Hannes Gnauck, Petr Bystron, Tino Chrupalla, Markus Frohnmaier, Stefan Keuter, Steffen Kotré, Matthias Moosdorf, Eugen Schmidt, Joachim Wundrak, Rüdiger Lucassen, Jan Ralf Nolte, Gerold Otten, Peter Felser, Marc Bernhard, René Bochmann, Dr. Malte Kaufmann, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Eine neue autonome Indopazifik-Strategie Deutschlands – Friedenssicherung durch Dialoge und multipolare Konnektivitäten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der indopazifische Raum entwickelt sich zu einem Schwerpunkt der Weltwirtschaft und der Geopolitik und rückt zusehends in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der sich bereits jetzt in dieser Region auf vielfältige Weise engagierenden Staaten; europäische Länder treten hierbei auch in Konkurrenz zueinander. Lieferkettenabhängigkeiten und der Handel mit innovativen Gütern sowie Wirtschafts- und Sanktionskriege prägen heute die globale Wirtschaft. Angesichts der faktischen Verschiebung der globalen Machtverhältnisse hin zu einer multipolaren Weltordnung ist es für Deutschland nicht nur geopolitisch notwendig, seine nationalen Interessen den veränderten Umständen anzupassen, sondern es muss im indopazifischen Raum seine eigene Rolle durch eine umfassende Strategie im Sinne des Friedens und des Ausgleichs finden und die für seine Versorgung und seine Wirtschaft notwendigen Seehandelswege schützen.

Aufgrund der Fragilität von Seehandelsrouten ist Deutschland mittelfristig darauf angewiesen, im Bund mit anderen europäischen Landmächten und mit strategischen Partnern im indopazifischen Raum neue Konzepte der Seekontrolle zu entwickeln. Die indopazifischen Staaten spielen beim Warenaustausch, insbesondere bei dem Zugang zu Schlüsseltechnologien wie Halbleiter-Mikrochips, eine bedeutende Rolle für die globalen Versorgungsstrukturen. Strukturelle Handelsbeziehungen zwischen den Weltregionen Europa und Ostasien werden vor dem Hintergrund bestehender Versorgungsengpässe und energiepolitischer Abhängigkeiten immer bedeutsamer. Konflikte um notwendige und zukunftsorientierte Ressourcen kennzeichnen bereits jetzt zahlreiche geopolitische Entwicklungen. Die Spannungen um die Erschließung der Neuen Seidenstraße und den Technologiestandort Taiwan sind Zeugnisse dieser Entwicklung.

Im Rahmen der Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) stehen 15 Staaten aus der Region Asien-Pazifik für knapp 30 Prozent des Welthandels. Gemessen am Umsatz (Exporte und Importe) waren im vergangenen Jahr elf von 20 der größten nicht europäischen Handelspartner Deutschlands Länder des Indopazifik-Raums

(www.kas.de/documents/252038/11055681/Gekommen%2C+um+zu+bleiben+%E2%80%93+Deutschlands+Engagement+im+Indo-Pazifik+III.pdf/8aafb910-d6a9-f2b1-caa8-b10e658a1d12).

Deutschland kann seine essenziellen wirtschaftlichen Interessen in dieser Region nur in einem friedlichen Umfeld wahren. Zurzeit verstärken sich die geopolitischen Spannungen zwischen der Volksrepublik China und den USA allerdings deutlich; hinzu kommen Konflikte zahlreicher indopazifischer Staaten untereinander, die sich an umstrittenen Grenzverläufen oder anderen Gegensätzlichkeiten entzünden. Diese potenziellen Krisen können jederzeit zu einer Bedrohung für die regionale Sicherheit und den Weltfrieden eskalieren. Deutschlands Aufgabe in dieser Region sollte es sein, die Sicherheit und Stabilität mit friedlichen und diplomatischen Mitteln zu unterstützen und eine Deeskalation von Konflikten durch Gespräche mit allen Akteuren zu befördern. Auf Respekt und Frieden ausgerichtete Beziehungen mit den Staaten im Indopazifik sind wichtiger als eine militärische Symbolpolitik.

Einer Analyse der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) zufolge ist Deutschland „aufgrund geringer militärischer Kapazitäten, geographischer Distanz und fehlender historischer Verbundenheit weit entfernt davon, die Rolle eines Sicherheitsgaranten in der Region [Indo-Pazifik] übernehmen zu können“ (www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A64_Indo-Pazifik.pdf).

Obwohl die Voraussetzungen fehlen, versuchte die Bundesregierung, von 2020 bis 2022 die militärische Aktivität Deutschlands im Indopazifik mit der Begründung der Stärkung von Frieden und Sicherheit durch den Einsatz deutscher Luft- und Seestreitkräfte auszubauen. Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren an verschiedenen militärischen Aktivitäten im Indopazifik beteiligt, so zum Beispiel an der weltweit größten multinationalen maritimen Übung Rim of the Pacific (RIMPAC), ferner an einer Militärübung mit Australien und Japan; hinzu kommt der Einsatz der Fregatte Bayern im Südchinesischen Meer – in einer Region, in der die militärische Präsenz der USA seit der Regierung von Barack Obama zunimmt (<https://marineforum.online/die-maritime-dimension-der-us-politik-im-pazifikraum/>). Im Unterschied dazu zielen die ASEAN-Staaten einschließlich Indien im Rahmen ihrer Indopazifikstrategie hauptsächlich auf Aspekte wie wirtschaftliche Prosperität, Konnektivität und multilaterale Kooperation ab, die eher im Einklang mit den deutschen Interessen vor Ort stehen.

Aufgrund territorialer Gegebenheiten strebt Frankreich ebenso wie die USA eine Ausweitung seiner militärischen Präsenz im Indopazifik an. Die Tatsache, dass sich 93 Prozent der Meeresgebiete der ausschließlichen Wirtschaftszone (engl. EEZ) Frankreichs jenseits der europäischen Küstenmeere im Indopazifik befinden und rund 1,6 Millionen französische Staatsbürger dort leben (<https://esut.de/2022/12/meldungen/38638/frankreich-zeigt-flagge-im-indo-pazifik/>), zeigt die Bedeutung dieser Region für Frankreich. Darüber hinaus zählen die Staaten dieser Region sowohl für Frankreich als auch die USA zu den wichtigsten Partnern beim Handel mit Rüstungsgütern: Seit 2018 wurde fast ein Drittel der um 44 Prozent gestiegenen französischen Waffenexporte an Indien geliefert. Von 2018 bis 2022 wurden die meisten in den USA hergestellten Waffen nach Japan (8,6 %), Australien (8,4 %) und Südkorea (6,5 %) exportiert (www.militaeraktuell.at/sipri-bericht-europas-waffenimporte-deutlich-gestiegen/).

Deutschland konzentriert sich bei der Umsetzung seiner Indopazifik-Strategie auf das militärische Engagement der Deutschen Marine vor Ort. Wie Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius ankündigte, sollen 2024 eine Fregatte und ein Versorgungsschiff in den Indopazifik entsandt werden (www.fr.de/politik/deutschland-indopazifik-kriegsschiffe-fregatten-pistorius-militaer-92338113.html). Eine Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik hat jedoch ergeben, dass die Entsendung der Fregatte Bayern von 2021 bis 2022 keinen nennenswerten Beitrag zur Aufrechterhaltung der regelba-

sierten Ordnung, zur Achtung des Völkerrechts und zur Sicherheit in der Region leistete (www.swp-berlin.org/publikation/rueckkehr-aus-unruhigen-gewaessern-des-indo-pazifiks).

Der aktuelle Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Leitlinien der Bundesregierung zum Indopazifik für das Jahr 2022 enthält Ergänzungen zu dem Bericht von 2021. Im Hintergrund des Krieges in der Ukraine beabsichtigt die Bundesregierung, ihr Engagement für eine „regelbasierte internationale Ordnung“ zu stärken und den Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen zu Taiwan zu fördern. Dokumente des US-Kongresses von 2021/2022 verdeutlichen, dass die Formel „regelbasierte internationale Ordnung“ auf „Erhalten der globalen Führungsrolle der USA in der Welt“ hinausläuft (www.nd-aktuell.de/artikel/1171118.muenchener-sicherheitskonferenz-spiel-mit-dem-feuer.html). Diese Weltordnung wird nicht von allen Ländern anerkannt, unter anderem mit Verweis auf die Kriege im Kosovo (1999), in Afghanistan (2001) und im Irak (2003) und auf die militärischen Maßnahmen der USA in Syrien ab 2011.

Während des umstrittenen Besuchs von Nancy Pelosi in Taiwan im letzten Jahr hat die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock die deutsche Unterstützung für Taiwan betont (www.spiegel.de/ausland/annalena-baerbock-verspricht-taiwan-unterstuetzung-bei-moeglichem-ueberfall-durch-china-a-bd14bf74-dddd-4eab-9c09-f7c6d4bc2c4a). Auch die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann erklärte bei ihrer Reise nach Taiwan im Januar 2023: „Unsere Solidarität gilt dem demokratischen Taiwan“ (www.businessinsider.de/politik/strack-zimmermann-nennt-peking-militaer-drohungen-gegen-taiwan-inakzeptabel-und-hinterfragt-basf-china-geschaef/). Nach Auffassung der Antragsteller haben diese Solidaritätsbekundungen und der sogenannte verstärkte politische Austausch zwischen Deutschland und Taiwan nicht zur Stabilisierung der Lage in der Zielregion beigetragen.

Deutschlands realpolitisches Interesse liegt in der Wahrung von Frieden und Stabilität im Indopazifik. Der von der übergroßen Mehrheit der Völkergemeinschaft anerkannte völkerrechtliche Status quo hat in den letzten Jahrzehnten Stabilität und Frieden in der Region gesichert. Dieser völkerrechtliche Status quo besagt, dass Taiwan als sog. De-facto-Regime weder militärisch attackiert, okkupiert noch annektiert werden darf; Taiwan hat das Recht auf individuelle Selbstverteidigung (www.bundestag.de/resource/blob/938168/b0f334e6c4cb428134df8c069e2e3d0c/WD-2-012-23-pdf-data.pdf). Angesichts der angespannten Lage fordern wir alle Seiten auf, auf politische und militärische Handlungen, einschließlich Waffenlieferungen, Militärmanöver und Drohungen, zu verzichten, die zu einer Eskalation der Situation führen können, und stattdessen auf vertrauensbildende und deeskalierende Maßnahmen zu setzen.

Zugleich bekennt sich Deutschland wie die Europäische Union und die USA seit 1972 zu der Ein-China-Politik, wobei die Volksrepublik China als einziger souveräner Staat in China anerkannt wird (www.bundestag.de/resource/blob/913190/8449db9e0d5-ebbbf74be6fa360ba96d8/WD-2-061-22-pdf-data.pdf). Das ist die völkerrechtliche Grundlage für die deutsche Indopazifikstrategie. Eine einseitige Änderung des Status quo ist nicht im deutschen Interesse.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine neue Indopazifik-Strategie zu entwickeln, welche die deutschen Interessen in dieser Region eindeutig definiert und selbstbewusst artikuliert, die wertneutral ist und eine Zusammenarbeit mit den Staaten der Region auf Augenhöhe anstrebt und dabei nicht die Vorgaben des „European Green Deal“ und der „Global-Gateway-Initiative“ übernimmt;

2. auf die Beteiligung deutscher Streitkräfte an möglichen künftigen NATO-Militärübungen im indopazifischen Raum zu verzichten und sich stattdessen auf die Befähigung der deutschen Streitkräfte zur Landesverteidigung zu konzentrieren;
3. das Einsatz- und Fähigkeitsprofil der Deutschen Marine an die veränderte geopolitische Lage anzupassen und sich vor allem auf die Notwendigkeit der territorialen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland zu fokussieren;
4. sich weder an einer explizit sinozentrischen Neustrukturierung der regionalen Sicherheitsarchitektur noch an der US-amerikanisch geführten Ausweitung westlicher Sicherheitsstrukturen im Indopazifik zu beteiligen;
5. die Verstetigung und Ausweitung der deutschen militärischen Präsenz im Indopazifik zu beenden und zu den bewährten Leitlinien deutscher Außenpolitik – das Völkerrecht und das Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen wahren, dem Friedensgebots des Grundgesetzes folgen – zurückzukehren;
6. die deutschen wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu den indopazifischen Staaten systematisch und kontinuierlich auszubauen, um als attraktiver wirtschaftlicher Partner aus Europa wahrgenommen zu werden und dabei insbesondere bilaterale Handelsbeziehungen in der Region zu vereinbaren, die ohne moralische Bevormundung oder gar Sanktionsandrohung auf ideologischen Ballast verzichten und sich auf den freien Warenaustausch beschränken;
7. einen dauerhaften sicherheitspolitischen Dialog mit den indopazifischen Staaten zu etablieren und an allen bestehenden Dialogformaten teilzunehmen;
8. ein Konzept zum Schutz der Freiheit und Sicherheit von Seehandelsrouten in internationalen Gewässern auszuarbeiten;
9. Vereinbarungen zu treffen, die einen für deutsche Interessen schädlichen Wettlauf um knappe Energie- und Rohstoffressourcen vermeiden.

Berlin, den 15. Dezember 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion